

Debatte zum Rechtsextremismus im Bundestag V-Leute des Verfassungsschutzes abschalten

von Andreas Bernig

Am 17.03.2006 hatte die Fraktion Die.Linke eine Große Anfrage an die Bundesregierung zur Entwicklung der extremen Rechten und zu den Maßnahmen der Bundesregierung gestellt.

Nach über einem Jahr fand am 11.05. 2007 dazu die Debatte zur Antwort der Bundesregierung (Drucksache16/4675) im Bundestag statt.

In diesem Zusammenhang hatte Die.Linke auch den Antrag gestellt, die V-Leute des Verfassungsschutzes in der NPD abzuschalten, um die Voraussetzungen für ein erneutes Verbotsverfahren zu schaffen. Bekanntlich war 2003 das Verbotsverfahren auf Grund dieser V-Leute abgebrochen worden und die NPD ging gestärkt aus diesem misslungenen Verfahren hervor.

Zunächst muss festgestellt werden, dass es eine Debatte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Bundestag gar nicht geben würde, wenn es nicht die Initiativen der Linkspartei gebe.

Darüber hinaus war damit zu rechnen, dass die konservativen Kräfte die Debatte nutzen werden um ein Gleichheitszeichen zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus zu setzen. Was dann auch prompt geschah. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Christoph Bergner meinte Die.Linke sei Handlanger der Rechtsextremen und wolle mit der Anfrage den Eindruck erwecken, dass der Linksextremismus durch die freiheitlich demokratische Grundordnung legitimiert sei.

Mitverantwortung der marktradikalen Kräfte

Besonders reizte den Staatssekretär die Feststellung aus den Vorbemerkungen der Großen Anfrage:

„Auch die NPD hat seit Mitte der neunziger Jahre einen Wandel durchgemacht und sich neuen Themen zugewandt. Zwar dominiert nach wie vor eine apologetische Sicht der faschistischen Vergangenheit die Auftritte der NPD, doch mit Protesten gegen den Irakkrieg oder die Hartz-IV-Gesetze versucht die Partei, Themen zu besetzen und in ihrem Sinne zu funktionalisieren, die im Zentrum der Öffentlichkeit stehen. Aufgenommen werden dabei real vorhandene und gut begründete Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung, etwa vor weiteren sozialen Verwerfungen durch die neoliberal geprägte Globalisierung. Antisemitisch und rassistisch unterlegte „Lösungsangebote“ werden dabei von der extremen Rechten formuliert, die neben der vorhandenen inhaltlichen Übereinstimmung auch deshalb auf wachsende Zustimmung stoßen, weil die Bürgerinnen und Bürger nach Alternativen zur Koalition der marktradikalen Kräfte von Grünen bis zur CDU suchen.“

Dieser Hinweis auf die Koalition der marktradikalen Kräfte sei sektiererisch und die Linke würde damit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus keinen Dienst erweisen. Die Bundesregierung nähme diese ernst und wirke mit einem Bündel von Maßnahmen und finanziellen Mitteln gegen den Rechtsextremismus. So würden 19 Millionen € im Programm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und 5 Millionen € in einem Anlassbezogenen Interventionsprogramm aufgewendet.

Antwort und Anstrengungen ungenügend

Für Die.Linke kennzeichnete Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung als oberflächlich, ignorant und verharmlosend. Viele Fragen seien nur knapp beantwortet. Oft habe die Bundesregierung keine Erkenntnisse, trotz der V-Leute des Verfassungsschutzes. Der Versuch der Schaffung „national befreiter Zonen“ durch die Rechtsextremen werde verharmlost, obwohl selbst die Bundeszentrale für Politische Bildung eine Faschisierung in Teilen der Gesellschaft festgestellt habe. Die Bundesregierung erwecke damit den Eindruck, dass sie die Opfer faschistischer Gewalt missachte. Sie betrachte den Rechtsextremismus als eine Erscheinung am Rand der Gesellschaft von dem nur bestimmte Personen- oder Altersgruppen bzw. Gebiete betroffen seien. Wie die aktuellen Studien jedoch zeigten, sei der Rechtsextremismus ein Problem, das aus der Mitte der Gesellschaft käme, alle Altersgruppen erfasse und nicht auf den Osten beschränkt sei. Welchen Stellenwert die Bundesregierung dem Thema beimisst, zeigte sich auch in der Anwesenheit auf der Regierungsbank, wo nur der zuständige Staatssekretär platz genommen hatte.

Bundesregierung unterstützt Weikersheim

Die Rednerin warf der Bundesregierung vor, dass sie das rechtskonservative Studienzentrum in Weikersheim finanziell unterstütze, an dem immer wieder die Wehrmacht verherrlicht werde und Rechtesextreme Vorträge hielten und Seminare durchführen würden.

Ulla Jelpke konstatierte, dass es eines umfassenden und komplexen Konzeptes zur ernsthaften Bekämpfung des Rechtsextremismus von Antisemitismus und Rassismus bedürfe und keiner V-Leute im Verfassungsschutz. Die bestehenden Programme der Bundesregierung reichten nicht aus.

Analyse stimmt nicht

Petra Pau, als weitere Rednerin für Die.Linke, verwies darauf, dass täglich drei Gewaltstraftaten offiziell registriert würden, die rechtsextremistisch, rassistisch oder antisemitisch motiviert seien. Die tatsächlichen Zahlen lägen viel höher und damit auch die Zahl der Opfer.

Da die Rechtsextremen mit Strategie, Programm und Personal Widerhall in Mitten der Gesellschaft fänden, bedürfe einer richtigen Analyse und der Bundestag müsse sich mit dieser Frage adäquat beschäftigen.

Sie forderte eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild, wie das eigentlich im Bundestag schon einmal beschlossen war.

Darüber hinaus dürfe das Thema nicht vorwiegend als innen- und rechtspolitisches Problem betrachtet werden, sondern es bedarf einer ressortübergreifenden Strategie, die sich auf Kompetenz stützt und die Zivilgesellschaft stärkt. Die jetzige Umstrukturierung der Initiativen für Toleranz und Demokratie in Folge der neuen Bundesprogramme berge die Gefahr, dass Bewährtes gegen Verfehltes ausgetauscht werde. So sei aus Sachsen zu lesen, dass Bundesmittel auch bei rechtsextremen Gruppierungen landen würden. Das sei ein Ding aus dem Tollhaus.

Große Koalition gespalten

Die Vertreter von CDU/CSU verwiesen Unisono mit der Bundesregierung auf die gleichzeitige Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus sowie des Islamismus und Terrorismus. Sie warfen der Linken sogar geistige Brandstiftung vor, weil sie die marktradikalen Kräfte von CDU bis hin zu den Grünen kritisierten.

Die Rednerin der FDP Miriam Gruß benannte wenigstens als Ursachen für den Rechtsextremismus Bildungsmangel, Armut und Arbeitslosigkeit.

Von der CDU/CSU hoben sich die Redner von Bündnis 90/Die Grünen und SPD wohltuend ab. Für Verfassungsfeinde dürfe es keine Toleranz geben und alle demokratischen Kräfte müssten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gebündelt werden. Die menschenverachtende Politik dürfe nicht weiter gesellschaftsfähig werden. Monika Lazar von Bündnis 90/Die Grünen kritisierte die neuen Bundesprogramme. Sie seien nicht nachhaltig genug und die geplante Krisenintervention setze an der falschen Stelle an, weil es gelte rechtzeitig Strukturen zu verhindern.

Demokratie erlebbar machen

Sebastian Edathy (SPD) betonte für Demokraten sei es unakzeptabel, dass rechtsextrem gewählt würden. Er lehnte die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus entschieden ab. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dürfe nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden. Es müssten überzeugende Gegenangebote zum immer wieder nachwachsenden Rechtsextremismus gemacht werden. Es bedürfe eines breiten demokratischen Bündnisses auf allen Ebenen der Gesellschaft und aller Akteure. Demokratie müsse immer wieder erlernt werden, weil man sie nicht verordnen könne. Über ein Verbot der NPD würden sich sicher viele freuen, aber Gesinnung könne man nicht verbieten sondern nur verhindern. Die neu aufgelegten Bundesprogramme seien gut, müssten aber auch immer wieder auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Wichtig sei die Verankerung vor Ort. Gegebenfalls müsse man auch nachsteuern.

Bleibt abschließend festzuhalten, dass der Antrag zur Abschaltung der V-Leute abgelehnt wurde aber die Debatte und die Auseinandersetzung wird fortgesetzt.